



HESSISCHER LANDTAG

13. 02. 2026

Kleine Anfrage

Sascha Herr (fraktionslos) vom 20.01.2026

Politische Steuerung und Transparenz der Derivatebestände des Landes Hessen – Folgeanfrage zu Drucksachen 21/2954 und 21/3186

und

Antwort

Minister der Finanzen

Vorbemerkung Fragesteller:

In den Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen, Drucksachen 21/2954 und 21/3186, werden Umfang, Laufzeiten, Marktwerte sowie formale Governance-Strukturen der derivativen Finanzinstrumente des Landes Hessen dargestellt. Zugleich wird ausgeführt, dass das Derivateportfolio nach dem Prinzip „buy and hold“ geführt wird, keine aktive Steuerung anhand von Risikokennzahlen vorgesehen ist und externe Portfolioanalysen ohne daraus abgeleitete Anpassungsentscheidungen erfolgen. Vor dem Hintergrund eines negativen Marktwerts von über zwei Milliarden Euro sowie sehr langer Laufzeiten einzelner Verträge bis in die 2060er Jahre stellt sich die Frage nach der politischen Steuerungsverantwortung, der Transparenz gegenüber dem Parlament und der inhaltlichen Nutzung der vorhandenen Analyseinstrumente.

Vorbemerkung Minister der Finanzen:

Eine aktive Steuerung ist haushaltsgesetzlich weder für das Kredit- noch für das Derivateportfolio vorgesehen, da es der Finanzierung des Staates am Kapitalmarkt dient und kein Handelsbuch einer Bank darstellt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Welchen konkreten Zweck verfolgt die Landesregierung mit den monatlich durch externe Sachverständige erstellten Portfolioanalysen, wenn diese nach eigener Darstellung nicht Grundlage steuernder oder anpassender Entscheidungen sind?
- Frage 2 Wie begründet die Landesregierung politisch, dass bei einem Derivateportfolio mit sehr langen Laufzeiten und erheblichen negativen Marktwerten bewusst auf steuerungsrelevante Schwellenwerte oder Eskalationsmechanismen verzichtet wird?
- Frage 3 Warum sieht die Landesregierung trotz der dargestellten Marktwert- und Risikodimensionen keine Notwendigkeit, dem Parlament regelmäßig zusammengefasste Ergebnisse der Portfolioanalysen oder eine qualitative Risikoeinschätzung öffentlich zugänglich zu machen?
- Frage 4 Wie stellt die Landesregierung sicher, dass der Landtag seine Budget- und Kontrollverantwortung sachgerecht wahrnehmen kann, wenn wesentliche Informationen zur Risikolage ausschließlich in nichtöffentlichen Gremien behandelt werden?
- Frage 5 Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der heutigen Derivatebestände aus Verträgen stammt, die vor mehr als zehn Jahren abgeschlossen wurden und noch mehrere Jahrzehnte fortwirken?

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 5 gemeinsam beantwortet.

Auf die bisherigen umfassenden Antworten zu den Kleinen Anfragen, Drucksachen 21/2954 und 21/3186, wird Bezug genommen.

Die monatlichen Portfolioanalysen dienen der unabhängigen Plausibilisierung von Marktwerten und HGB-Bewertungen, der dokumentierten Kontrolle der Sicherungsbeziehungen sowie der Vorbereitung von Jahresabschluss, Prüfungen und Berichterstattung (unter anderem an Hausleitung und Landesschuldenausschuss). Eine kurzfristige Umschichtung oder aktive Handelssteuerung ist damit bewusst nicht verbunden. Die Landesregierung stellt Transparenz durch veröffentlichte Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und den Schuldenbericht des Landesschuldenausschusses sicher. Darüber hinaus bestehen bezogen auf das Derivateportfolio aktuell keine negativen

Marktwerte. Der aus Sicht des Landes positive Marktwert des Derivateportfolios liegt zum 31. Dezember 2025 bei 67,9 Millionen Euro.

Der Landtag nimmt seine Budget- und Kontrollverantwortung über mehrere Ebenen wahr: den Haushaltsgesetzgebungsprozess, die Rechnungslegung und Entlastung, die Berichte des Rechnungshofs sowie die Arbeit des Landesschuldenausschusses unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landesrechnungshofs.

Wiesbaden, 10. Februar 2026

Prof. Dr. R. Alexander Lorz